



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **8. Sitzung (öffentlich)**

28. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |   |          |
|---|----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>   | <b>5</b> |
| <b>1 „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung</b> | <b>6</b> |
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2664
- Ausschussprotokoll 18/154 (Anhörung vom 03.02.2023)
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1664 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

**2 Grenzenlose Reisefreiheit: Nach Corona sollen mehr Jugendliche im Sommer durch Europa reisen** **8**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3283

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3283 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

**3 Grenzpendler: Homeoffice zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und Niederlande muss auch weiterhin möglich sein!** **11**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1865

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2802

Stellungnahme 18/474  
Stellungnahme 18/475  
Stellungnahme 18/486  
Stellungnahme 18/487  
Stellungnahme 18/488

– Abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

**8 Homeoffice: Neue Regeln zur Sozialversicherung für Grenzpendler**  
*(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1173

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, die Beratung über den Antrag zu verschieben.

- 4 Katastrophen kennen keine Grenzen. Die gemeinsame Zusammenarbeit mit den Beneluxländern ausbauen.** 14
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3653
- Wortbeiträge
- 5 Ergebnisse der Reise des Europaministers nach Nordmazedonien vom 19.–21. März 2023** (*Bericht beantragt von den Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) 15
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 6 Plant die Landesregierung ein Landesprogramm für afghanische Ortskräfte und deren Angehörige?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) 21
- Bericht  
der Fraktion der SPD  
Vorlage 18/1174
- Wortbeiträge
- 7 Katastrophenschutz: Dürfen demnächst Soldaten aus den Niederlanden in Nordrhein-Westfalen helfen?** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*) 22
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1178
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
- 9 Hochwasserschutz: Wann kommt die Ministerkonferenz in der Euregio Maas-Rhein?** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*) 23
- Bericht  
der Landesgericht  
Vorlage 18/1180
- Wortbeiträge

**10 Spitzenforschung: Wie aktiv ist die Taskforce für das Einstein-Teleskop?**  
*(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 6])* **26**

Bericht  
der Landesgericht  
Vorlage 18/1177

– Wortbeiträge

**11 Verschiedenes** **29**

\* \* \*

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

weist **Vorsitzender Stefan Engstfeld** darauf hin, Dr. Pfeil habe darum gebeten, Tagesordnungspunkt 3 „Grenzpendler: Homeoffice zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und Niederlande muss auch weiterhin möglich sein! – Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1865“ zusammen mit TOP 8 „Homeoffice: Neue Regeln zur Sozialversicherung für Grenzpendler – Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1173“ zu beraten. – Der Ausschuss ist einverstanden.

**1 „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2664

Ausschussprotokoll 18/154 (Anhörung vom 03.02.2023)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 24.11.2022)*

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** führt aus, in der Anhörung hätten sich alle anwesenden Verbände, die internationale Kooperationen unterhielten, die durch diesen Antrag ja gesteigert werden sollten, ausdrücklich für den Antrag ausgesprochen. Es gehe um den Ausbau von Wasserstraßen, insbesondere sei es um die Rheinvertiefung gegangen. Es gehe um die Anbindung der Zara-Häfen, um die Wasserstoffinfrastruktur. Arno Bux habe es gut zusammengefasst. Er habe gesagt:

„Man kann die Strategie in drei Molekülen zusammenfassen: CH<sub>4</sub>, H<sub>2</sub>, CO<sub>2</sub>.“

Das sei ein sehr prägnanter Satz aus der Anhörung gewesen, womit man sich zukünftig weiter beschäftigen müsse. Das finde sich wieder in dem Antrag seiner Fraktion. Er werbe dafür, dem Antrag zuzustimmen.

**Sonja Bongers (SPD)** gibt das Abstimmungsergebnis ihrer Fraktion bekannt. Ihre Fraktion könne leider nicht zustimmen, sie könne sich nur enthalten. Das schmälere allerdings nicht den Inhalt des Antrages. Eindeutig sei, dass die Sachverständigen darauf hingewiesen hätten, dass es nichts Wichtigeres gebe, als sich international, auf europäischer Ebene zu vernetzen. Nur wer gut vernetzt sei und sich kenne, könne eine gute Zusammenarbeit aufbauen. Das beziehe sich auf die verschiedensten Bereiche im Rahmen der Infrastruktur, im Rahmen der Energiesicherheit. Das sehe ihre Fraktion selbstverständlich genauso.

Es wäre wichtig, darüber nachzudenken, das Nachbarland Niedersachsen mit einzu beziehen. Sie hoffe, sie habe da nichts überlesen. Es sei wichtig, das mitzudenken.

Nun seien zwei Punkte in den Antrag mit eingeflochten worden, die etwas mit der Rheinvertiefung bzw. mit der Rheinsohlenoptimierung zu tun hätten. Sie meine, darüber müsse man explizit im Umweltbereich reden und könne das nicht einfach so mit einschleusen. Insgesamt sei der Antrag gut, aber aufgrund der Problematik „Rheinvertiefung“ bzw. „Rheinsohlenoptimierung“ könne ihre Fraktion den Antrag so nicht mittragen.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** stellt heraus, die Anhörung habe das Kernproblem des Antrags – er habe das schon im Plenum gesagt – nicht ausräumen können. Partnerschaft in der Energiepolitik sei wichtig und richtig. Das sehe seine Fraktion genauso. Aber Partner finde man nur, wenn man kein energiepolitischer Geisterfahrer sei. Belgien und die Niederlande setzten weiterhin auf Kernenergie. Deutschland sei gerade ausgestiegen – und das mit Zustimmung der antragstellenden Partei.

Der Antrag enthalte insgesamt einige Punkte, die seine Fraktion unterstützen könne, die besagte Rheinvertiefung unter anderem. Dazu habe es von der AfD in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag gegeben. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)** schickt voraus, die Anhörung sei gut verlaufen. Viele interessante Punkte seien angesprochen worden. Deutlich sei, dass die Landesregierung in dem Bereich schon eine Menge mache, da sehr gut unterwegs sei. Viele Kooperationsformen mit den Niederlanden, mit Belgien und anderen Ländern würden schon laufen. Aus Sicht der Koalitionsfraktionen hätte eine Europakonferenz in diesem Fall keinen Mehrwert. Somit werde seine Fraktion diesen Antrag ablehnen.

**Romina Plonsker (CDU)** legt dar, die Anhörung sei sehr spannend gewesen. Allerdings sei das Ziel des Antrags, nämlich die zusätzliche Europakonferenz einzurichten, tatsächlich nur am Rande gestreift worden sei. Fragen der deutsch-niederländischen Wirtschaftspolitik hätten im Fokus gestanden. Dass die Energiefrage, insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eine sehr große Rolle spiele, habe die Landesregierung bereits erkannt. Sie richte im Gegensatz zur Bundesregierung immer wieder den Blick auf die westlichen Häfen, statt nur Richtung Norden zu schauen.

Weil alle Sachverständigen betont hätten, dass da bereits ein sehr reger Austausch stattfinde, lehne ihre Fraktion den Antrag ab. Sie sehe nicht, dass mit Blick auf bereits bestehende Strukturen und Formate eine weitere Konferenz der richtige Rahmen sei.

Sie verweise auf den Koalitionsvertrag, den CDU und Grüne abgeschlossen hätten, wonach die Partnerschaft mit den Beneluxländern, insbesondere in den Bereichen Energie und Klima, fortzuführen und zu intensivieren sei. Nach ihrem Eindruck mache die Landesregierung das intensiv. Aus dem Grunde lehne ihre Fraktion den Antrag auch ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1664 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

## 2 **Grenzenlose Reisefreiheit: Nach Corona sollen mehr Jugendliche im Sommer durch Europa reisen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3283

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend –, an den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Kultur und Medien am 10.03.2023)*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** teilt mit, der Verkehrsausschuss habe am 22. März 2023 entschieden, kein Votum zu dem Antrag zu fassen. Der Ausschuss für Kultur und Medien habe in der gestrigen Sitzung die Ablehnung des Antrags empfohlen.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** gibt an, der Antrag habe zum Ziel, das, was auf Bundesebene schon entschieden worden sei, in NRW weiter auszubauen und zu vertiefen. Im Zuge des 60 Jahre bestehenden Élysée-Vertrages gebe es die Initiative der deutschen und französischen Regierung, Gratisfahrkarten unter jungen Menschen aus Frankreich und Deutschland zu verlosen. Der Antrag schlage vor, das auf die Beneluxländer zu erweitern. Da NRW und die Beneluxländer sehr gut zusammenarbeiteten, würde das genau zu diesem Projekt passen. Dadurch würde das EU-Azubiticket auch zahlenmäßig erhöht.

Der Antrag sei gestellt worden, nachdem zu Coronazeiten viele junge Menschen innerhalb der Europäischen Union nicht hätten reisen können. Das sollte geändert werden.

Die Bundesregierung habe mit dem Élysée-Sommerticket einen tollen Vorschlag für Deutschland und Frankreich erarbeitet, dem sich Nordrhein-Westfalen einfach anschließen könnte, indem man das erweitere.

Das Deutsch-Niederländische Jugendwerk befinde sich in Aachen. Da könnte man wunderbar zusammenarbeiten. Das Deutsch-Französische Jugendwerk, das für das Élysée-Sommerticket zuständig sei, habe seinen Sitz in Berlin und in Straßburg. Deswegen könne man das eine dort bearbeiten, das andere in NRW. Er würde sich freuen, wenn man diesem Vorschlag zustimmen würde.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** meint, grundsätzlich sei gegen die Stoßrichtung des Antrags nicht zu sagen. Als ehemaliger Erasmus-Student begrüße er solche Vorhaben auch. Er habe bereits im Plenum gesagt, dass es sich nicht ganz erschließe, warum das auf einzelne Nationalitäten, insbesondere mit Blick auf den Eintritt in Museen, auf einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union begrenzt werden solle. Das könnte einen gegenteiligen Effekt haben. Genauso wenig erschließe sich ihm die Begrenzung auf Bahnreisende. Trotz der grundsätzlich unterstützten Richtung werde sich seine Fraktion bei dem Antrag der Stimme enthalten.

**Oliver Krauß (CDU)** hält fest, sicher wolle die FDP etwas Gutes mit dem Antrag bewirken. Aufgrund der regionalen Herkunft von Dr. Pfeil habe er auch einen Bezug dazu.

Nichtsdestotrotz erinnere er daran – die FDP sei in der letzten Legislaturperiode maßgeblich daran beteiligt gewesen –, dass auch diese Landesregierung der Zusammenarbeit mit Frankreich und mit den Niederlanden eine enorme Bedeutung beimesse. Das zeige sich in zahlreichen Formaten, in Partnerschaften, in fachlichen Projekten und Reisen, nicht zuletzt im politischen Dialog. Damit trage Nordrhein-Westfalen maßgeblich zur Umsetzung des Élysée-Vertrages bei, auf den Dr. Pfeil abgestellt habe.

Die Landesregierung arbeite sowohl mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk als auch mit den französischen Kulturinstituten und dem Französischen Generalkonsulat eng zusammen. Die Bekanntmachung und Bewerbung von historischen und politisch wichtigen Orten in NRW – auch darauf werde in dem Antrag eingegangen – gehöre ebenso zu der Zusammenarbeit wie die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte.

Dr. Pfeil habe auf das Deutsch-Niederländische Jugendwerk abgestellt. Dessen Ziel sei es, grenzüberschreitende Begegnungen zwischen deutschen und niederländischen Jugendlichen zu fördern. Dabei setze das Jugendwerk neben Schüleraustauschprogrammen und der Möglichkeit zum Spracherwerb auch auf kulturelle Angebote. Auch da sei die Landesregierung mit im Boot. Zudem fördere die Landesregierung darüber hinaus auf vielfältige Weise Bildungsangebote, die auf die angestrebte Begegnung mit dem Nachbarland bereits abzielten.

Die Landesregierung weise auf geeigneten Kanälen und bei passenden Anlässen bereits auf touristisch wichtige Orte hin und werde auch – das habe die Landesregierung zugesichert – das Élysée-Sommerticket dementsprechend bewerben und darauf aufmerksam machen. Eine Beteiligung, so wie sie im Antrag gefordert sei, sei aus Sicht seiner Fraktion nicht sinnvoll.

Zum Programm #AzubiGoEU: Das Programm habe die Landesregierung im Jahr 2022 als Pilotprojekt gestartet. Jetzt fordere die FDP eine Weiterentwicklung einschließlich einer Erhöhung der verlost Tickets. Das sei ohnehin vorgesehen. Von daher stehe beides schon im Arbeitsprogramm der Landesregierung.

Die im Antrag genannten Punkte, zeitgemäße und zielgruppengenaue Werbungen, klare Ansprache, Vernetzung der Reisenden sowie verschiedene Reisevarianten seien und blieben richtig und wichtig, würden aber bereits im Rahmen der fachlichen Evaluation für eine Umsetzung des Wettbewerbs 2023 geprüft. Das sei eine gute Sache. Dafür bedürfe es keines erneuten Antrages. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag heute ablehnen.

**Sonja Bongers (SPD)** gibt an, wie schon in ihrer Plenarrede vor einigen Wochen erwähnt, bestehe ihre Fraktion aus leidenschaftlichen Europafans, auch wenn es darum gehe, jungen Leuten Reisemöglichkeiten zu geben. Das habe sie sehr ausführlich dargelegt. Es sei wichtig, offen und konstruktiv über jede Erweiterung und Verbesserung von bestehenden Programmen zu reden. Deswegen finde sie es so traurig, dass die

CDU und wahrscheinlich auch die Grünen nicht über ihren eigenen Schatten springen könnten, diese gute Idee der FDP-Fraktion mitzutragen.

Aus sozialdemokratischer Sicht sei ihr wichtig zu betonen, dass bei allen Programmen, die Jugendliche fördern wollten, gezielt Werbung in den entsprechenden Haushalten gemacht werde, die vielleicht nicht so privilegiert seien wie andere. Häufig sei es so, dass nur die „etwas privilegierteren Haushalte“ über die entsprechenden Informationen verfügen würden. Es sei wichtig, auf einer niederschweligen Art und Weise für diese Programme zu werben, damit alle jungen Menschen die Möglichkeit hätten, davon zu erfahren und sich an diesen Verlosungen zu beteiligen. – Ihre Fraktion stimme dem Antrag zu.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)** stellt heraus, der Antrag habe viele positive Elemente. Heute sei der 28. April. Das heiße, in sechs Wochen würden die Sommerferien beginnen. Die Umsetzung in diesem Jahr wäre schwerlich zu realisieren, wenn man es überhaupt wollen würde.

Wie schon ausgeführt, würden viele Punkte seitens der Landesregierung, seitens des Landes und anderer Institutionen gemacht. Es werde wenig substantielles Neuland mit diesem Antrag betreten. Außerdem blieben mehrere Fragen offen, warum zum Beispiel die Ticketverlosung auf diesen Personenkreis begrenzt werde, warum nicht auch andere junge Menschen, die hierzulande leben würden, einbezogen würden. Kulturinstitutionen zu besuchen, würde niemandem schaden. Das wäre ein Punkt, den man noch ergänzen könnte.

Der Antrag enthalte positive Elemente, er sei aber schwerlich dieses Jahr umzusetzen und greife zu kurz. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3283 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

**3 Grenzpendler: Homeoffice zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und Niederlande muss auch weiterhin möglich sein!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1865

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2802

Stellungnahme 18/474  
Stellungnahme 18/475  
Stellungnahme 18/486  
Stellungnahme 18/487  
Stellungnahme 18/488

– Abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

**8 Homeoffice: Neue Regeln zur Sozialversicherung für Grenzpendler** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1173

*(Überweisung des Antrags Drucksache 18/1865 an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 09.12.2022)*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, zu dem Antrag habe der Europaausschuss eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Er verweise auf die Stellungnahmen. Der mitberatende Ausschuss habe am 26. April 2023 ein Votum gefasst und empfehle die Ablehnung des Antrags der FDP-Fraktion sowie des Änderungsantrags der FDP-Fraktion.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bittet darüber nachzudenken, den Antrag zu schieben, um vielleicht zu einer anderen Lösung zu kommen. Das 30-jährige Bestehen des Binnenmarktes werde gefeiert. Das seien 30 Jahre Grundfreiheiten: freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Das dürfte Grund genug sein, darüber nachzudenken, ob die Grundfreiheiten, so wie sie ursprünglich geplant gewesen seien, umfassend in ihrer Wirksamkeit umgesetzt worden seien. Das sei nicht der Fall. Es gebe – das hänge mit den Kompetenzen zusammen – im steuerlichen Bereich nach wie vor Probleme. Diese steuerlichen Probleme würden in diesem Antrag nicht aufgeführt,

seien aber sehr wohl von den Sachverständigen in den schriftlichen Ausführungen alle dargestellt worden.

Die Grenzfunktionen hätten gesagt, mit Blick auf die Sozialversicherungspflicht arbeite man an einer Lösung. Aber zum steuerlichen Problem gebe es keine Lösung. Angesichts der 30 Jahre Binnenmarkt – freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – wäre es ein gutes Zeichen – wobei der Kapitalverkehr durch die Einführung des Euro die wenigsten Probleme bereite, die meisten Probleme bereite tatsächlich der freie Personenverkehr –, darüber nachzudenken, das steuerliche Problem in Angriff zu nehmen.

Minister Liminski und Finanzminister Christian Lindner seien in Gesprächen. Das sei auch in dem Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1173 so zu lesen, sodass es sehr schön wäre, sich zusammzusetzen und zum Wohle der Grenzpendler und zum Thema Homeoffice unter Umständen einen gemeinsamen Entschließungsantrag hinzubekommen.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** betont, Herr Pfeil habe ihn immer an seiner Seite, wenn man Themen diskutiere, die Grenzpendler und Menschen in der Grenzregion betreffen. Er sei jetzt überrascht, dass Dr. Pfeil den freien Personenverkehr als ein Problem an der Grenze bezeichne. Er habe gestern Abend noch Pommes in Holland gegessen. Er habe kein Problem gehabt, rüberzukommen und zurückzukommen.

Die Erweiterungen, die Herr Pfeil zum Antrag vortrage – das habe er beim letzten Mal auch schon getan –, berücksichtigten nicht, dass der Antrag von der Realität überholt worden sei. Er umreiße wichtige Punkte, aber man komme mit den Ergänzungen und den gerade vorgetragenen Punkten nicht „vor die Lage“, wie man bei der Bundeswehr sagen würde.

Die sozialversicherungspflichtigen Punkte seien geklärt. Das steuerrechtliche Problem, das weiter bestehe, sei nicht Landesangelegenheit. Der Bundesfinanzminister müsse seine Arbeit machen, damit man da endlich eine Regelung bekomme. Das könne das Land Nordrhein-Westfalen gerne begleiten, aber die Arbeit müsse schon von dem zuständigen Minister gemacht werden.

Der entscheidende Punkt sei, dass das, was Dr. Pfeil hier formuliere, zu 50 % erledigt sei und zu 50 % keine Landesangelegenheit. Deswegen müsse seine Fraktion den Antrag, bei der Benennung aller Probleme, die es an der Grenze gebe, sowohl was die Sozialversicherungspflicht anbetreffe, aber auch was Arbeitnehmerrechte, Arbeitgeberaufgaben, Urlaub etc. angehe – viele Themen stünden dahinter, ausgelöst durch diese 50 % Homeoffice, vor Ort-Arbeit – ablehnen. Der Antrag sei in Bezug auf die Sozialversicherungspflicht veraltet. Bei den Steuern müsse der Bundesfinanzminister die Pays vorgeben. Das sei nicht Aufgabe des Landes. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, es habe die Anregung gegeben, darüber nachzudenken, ob man die Abstimmung verschiebe.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bestätigt, das sei der Vorschlag gewesen. Wenn sich aber die CDU total verweigere und sage, der Antrag hätte auch nach dem, was er gesagt habe, keine Chance, dann bräuchte man den Antrag auch nicht zu schieben. Das mache keinen Sinn. Er bitte, dann darüber abzustimmen.

Da Minister Liminski gemeinsam mit dem Bundesminister der Finanzen Gespräche führe und das Thema Grenzpendler ein Thema sei, das diese Region und das Bundesland betreffe, könnten solche Themen durchaus in diesem Ausschuss des Landtags behandelt werden. Da das offensichtlich so nicht gewollt sei, es sei denn, Frau Plonsker sehe das etwas anders, könne der Ausschuss auch abstimmen.

**Josef Neumann (SPD)** hält den Vorschlag, den Antrag zu schieben und zu schauen, ob man gemeinsam eine EntschlieÙung mache, für einen klugen und richtigen Weg. Natürlich gebe es noch viele Aspekte, die bearbeitet werden müssten. Neben den Themen Sozial- und Steuerrecht spielten die arbeitsrechtlichen Punkte eine Rolle. Insofern wäre es schade, wenn man heute über diesen Antrag wie im AGS abstimme und ihn ablehne.

Der Antrag biete eine große Chance, in Verantwortung des Bundes oder der Länder gemeinsame Regelungen zu treffen. Er fände es gut, wenn man eine EntschlieÙung schaffen würde. Er bitte, nicht über den Antrag abzustimmen und das Votum des Antragstellers zu berücksichtigen, zu vertagen und zu schauen, ob der Ausschuss etwas Gemeinsames hinbekomme.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** schließt sich im Rahmen des iterativen Prozesses diesem Weg an, er wolle ja auch ein demokratisches Signal senden, was er auch von anderen immer gerne erwarte, aber oft nicht bekomme. Nun wolle er mit gutem Beispiel vorangehen. Auch wenn Dinge aus dem Antrag obsolet seien, strecke er die Hand aus. Man könne die Beratung verschieben.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)** schließt sich dem Vorgehen an. Die Hälfte des Antrags habe sich erledigt. Was daraus werde, sehe man in den nächsten Wochen.

Der Ausschuss beschließt, die Beratung über den Antrag zu verschieben.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** hält fest, die Fraktionen seien aufgerufen, an einem EntschlieÙungsantrag zu arbeiten.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich dafür. Möglicherweise werde ja noch etwas Zukunftsweisendes daraus.

**4 Katastrophen kennen keine Grenzen. Die gemeinsame Zusammenarbeit mit den Beneluxländern ausbauen.**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3653

*(Überweisung des Antrags an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales am 29.03.2023)*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, der federführende Ausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung über den Antrag bereits abgestimmt. Deswegen sei die Behandlung im Europaausschuss obsolet.

**5 Ergebnisse der Reise des Europaministers nach Nordmazedonien vom 19.–21. März 2023** *(Bericht beantragt von den Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen hätten um einen mündlichen Bericht gebeten.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** trägt vor:

Ich möchte der Bitte des Ausschusses nachkommen und über die Reise aus dem März berichten und einige Hintergründe, aber auch Ergebnisse schildern. Ich stehe noch unter dem Eindruck der Reise danach in die Ukraine und nach Polen, zu der ich sehr gerne in der nächsten Sitzung berichten werde, nachdem wir dazu noch einige Ergebnisse konsolidiert haben.

Warum ich das auch voranstelle: Im Kontext mit der Ukraine wird häufig davon gesprochen, das sei der erste Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Das sieht man in Skopje nicht so. Mit den Kriegen auf dem Balkan in den 90er-Jahren haben wir schlimme Verwerfungen in Europa erlebt, die noch immer aufgearbeitet werden, die vor Ort noch Spuren nach sich ziehen. Nicht zuletzt deshalb haben wir als Europäische Union den beiden Ländern Slowenien und Kroatien 2004 und 2013 den Beitritt ermöglicht und damals sechs Staaten des Westbalkans eine Beitrittsperspektive gegeben. Das ist nun 18 Jahre her.

Die Tatsache, dass man seit 18 Jahren Beitrittskandidat ist, ist wie ein roter Faden gewesen, der sich durch alle Gespräche vor Ort gezogen hat. Mittlerweile ist es eine ganze Generation, die Beitrittskandidat ist. Ich glaube, das Bekenntnis, dass wir das ernst meinen, war ein Signal, das viel wichtiger war, als ich es von hier aus einschätzen konnte. Insofern ist das etwas, was ich im Weiteren bei den Ergebnissen immer wieder hervorheben will. Die Reise war sehr komprimiert auf einen Tag – mit Anreise am Vortag und Abreise am Folgetag. Sie hatte drei Schwerpunkte, zum einen Politik, zum anderen Wirtschaft und zum Dritten Begegnung mit der Zivilgesellschaft vor Ort.

Wir müssen uns vor Augen führen, dass der Westbalkan nicht der Hinterhof Europas ist, sondern der Innenhof. Das so zu benennen, ist für viele dort wichtiger, als es uns scheint. Auch wenn für die Außenpolitik der Bund zuständig ist: Nordrhein-Westfalen ist zehn Mal so groß wie Nordmazedonien. Das ist etwas, was vor Ort in den Gesprächen immer klarer wird. Wir haben uns vor dem Hintergrund der Einschätzung, dass wir es mit dem Innenhof Europas zu tun haben, mit einer zentralen Region, die auch von anderen Teilen der Welt – Stichwort Russland, China – stark umworben ist, vor zwei Jahren seinerzeit entschieden, diese Partnerschaft einzugehen.

Mein Vorgänger hat das gemacht. Mein Besuch hat mir gezeigt, dass das eine strategisch richtige Entscheidung war, weil man an der Stelle auch als Land eine ganze Menge tun kann. Wir können bei vielen Themen als Länder konkreter werden, als es der Bund kann, wenn es etwa um Wirtschaftsförderung oder auch um Hilfe im

Bereich Bildung und anderen Dingen geht, Medien, etc. Da ist das große Interesse vor Ort, dass es konkret wird. Das war auch der Grund, warum ich nicht alleine gereist bin, sondern mit einer Wirtschaftsdelegation. Das haben die Nordmazedonier auch so wahrgenommen. Es waren knapp zehn Unternehmen mit dabei, organisiert über die IHK Dortmund und die NRW.Global Business. Das waren Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen, teilweise schon aktiv auf dem Balkan, teilweise noch nicht.

Es freut mich sehr, dass im Nachgang zur Reise mir ein Unternehmer mitgeteilt hat, dass es zwischenzeitlich zu einem erfolgreichen Vertragsabschluss über den Neubau der Kläranlage von Skopje gekommen ist, was die größte Investition aktuell im Land Mazedonien sein wird. Das wird ein Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen umsetzen. Insofern scheinen die Gespräche mit mir, aber auch in Abwesenheit – die Wirtschaftsdelegation hatte auch ein eigenes Programm – erfolgreich gewesen zu sein.

Meine Reise hat sich unterteilt in drei Bereiche, zunächst die Politik. Ich hatte die Gelegenheit, mit dem Vizepremier und Europaminister, Herrn Maričić, zusammenzukommen, einer sehr einflussreichen Person in diesem Land, außerdem mit dem Außenminister, Herrn Osmani. Bei beiden Gesprächen war Thema im Schwerpunkt der stockende EU-Beitrittsprozess, immer natürlich auch mit einem Auge darauf zielend, wie wir mit der Ukraine umgehen.

Die Rhetorik gegenüber der Ukraine, die sehr ambitioniert ist, wird dort auch gehört, aber ambivalent empfunden, weil man seit 18 Jahren, wie gesagt, Beitrittskandidat ist. Es wird sehr ernst genommen, wenn sich ein Land wie Nordrhein-Westfalen im Herzen Europas mit seiner Größe, aber auch mit seiner europapolitischen Verflechtung derartig deutlich dazu bekennt. Ich glaube, dass da viel Bewegung drin ist. Die Bundesaußenministerin war einige Tage nach mir in Skopje. Das war eine kurzfristig angekündigte Reise, die als sehr wichtiges Signal angesehen worden ist, mit Blick auf die Stabilisierung gegenüber Avancen anderer Staaten.

Mit Blick auf den Wirtschaftsteil habe ich gerade schon etwas ausgeführt. Ich habe gemeinsam mit den Unternehmern eine Freihandelszone besucht. Nordmazedonien hat seine Wirtschaftsförderung so strukturiert, dass sie über das ganze Land Freihandelszonen verstreut haben, die systematisch gemanagt werden, mit bestimmten Vergünstigungen, Erleichterungen – Stichwort Infrastruktur, Stichwort steuerliche Behandlung. Wir haben uns darüber unterhalten, was es im Weiteren bedeuten würde, wenn es zu dem Beitritt kommt. Das muss weiterentwickelt werden. Einige deutsche Unternehmen sind dort vertreten und engagiert.

Wir haben eines intensiver besucht, Gerresheimer hier aus Düsseldorf, einen Pharma-Artikelhersteller, der dort sein Engagement momentan ausweitet. Man hat uns eindrücklich geschildert, wie zufrieden sie mit ihrem Invest dort vor Ort sind, weil es nicht nur bei der Anwerbesituation schöne Augen gab, danach nichts mehr, sondern im Gegenteil man eine engmaschige gute Begleitung, Betreuung und Kooperation vorfindet, sodass man sich an der Stelle verdoppeln will und auch das noch nicht als Ende der Fahnenstange ansieht. Man hat uns schon die Flächen gezeigt, auf denen man sich erweitern will.

Das Thema, das neben dem EU-Beitritt immer eine Rolle spielt, ist das Thema „Fachkräfte“, Braindrain, das ist etwas, was man sehr sensibel angehen muss, weil Nordmazedonien seine Humanressourcen für seine Entwicklung braucht. Da ist der Ansatz, den wir aus Nordrhein-Westfalen, auch aus Deutschland insgesamt fahren: Es wird dort gerne gesehen, dass wir das im Auge haben und nicht mit dem Fischer-netz über den Balkan gehen und die besten Köpfe abholen. Das war auch Kernthema bei diesen Gesprächen.

Bei den weiteren Terminen lag ein Schwerpunkt auf dem Bereich Jugend im zivilgesellschaftlichen Teil, weil mir wichtig war, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, die nichts anderes kennen, als Beitrittskandidat zu sein, seit sie politisch denken können. Das hatte verschiedene Formen. Zum einen hatten wir mit dem Präsidialzentrum für politische Bildung – das ist so etwas wie die Bundeszentrale für politische Bildung – eine Diskussion mit jungen Studierenden, gemeinsam mit Herrn Maričić, der mit dabei war. Das betraf die Frage Beitrittskandidat, aber auch die Frage, worum es in der Auseinandersetzung um die Ukraine geht, auch für die Region – eine sehr eindrückliche Veranstaltung.

In einer weiteren Begegnung haben wir junge Menschen getroffen, die Praktika bei NRW Unternehmen gemacht haben, was wir fördern, die dann zurückkommen, die ihr Knowhow mitbringen. Natürlich ist das eine menschliche Verflechtung mit der Wirtschaft hier bei uns vor Ort – ein sehr erfolgreiches Projekt. Sie haben von uns ihre Zertifikate bekommen. Dieses Programm wollen wir weiter verstärken.

Wir haben außerdem noch ein Projekt im Bereich Medien gestartet, gemeinsam mit der Deutschen Welle. Da geht es um die Stärkung konstruktiven Journalismus. Wir gehe ich damit um, dass Russland seine Desinformationskampagnen gerade auf dem Westbalkan deutlich intensiviert. Wie identifiziere ich Desinformationen, Fake News? Wie bekämpfe ich das mit den Mitteln einer Demokratie, eines Rechtsstaats? Das war Gegenstand einer Begegnung mit 15 jungen Medienschaaffenden. Das betraf auch die Frage, wie soll ein Mediensystem ausgestaltet sein? Das zu der Reise im engeren Sinne.

Mir hat die Reise gezeigt, die auf Einladung unserer Partner stattgefunden hat, die sehr darauf gedrängt haben, dass man das zweijährige Jubiläum nicht verstreichen lässt – das hat sich vor Ort widergespiegelt in dem großen Interesse –, dass diese Partnerschaft sehr vital ist, konkrete Ergebnisse hervorbringt. Wir haben eine Reihe von Projekten entweder abgeschlossen oder an diesem Tag neu begonnen. Das zeigt mir, dass es sich lohnt, das Engagement fortzusetzen.

**Josef Neumann (SPD)** bedankt sich für den Bericht. Der Minister habe das Thema junge Menschen angesprochen. Er frage, ob es in letzter Zeit konkreten Austausch oder Vermittlung nach NRW oder umgekehrt gegeben habe.

Das zweite betreffe das Thema zivilgesellschaftliches Engagement. Er frage, was unter zivilgesellschaftlichem Engagement verstanden werde, was da konkret stattfindet.

**Romina Plonsker (CDU)** bedankt sich für den Bericht. Was die Situation mit Blick auf das Beitritts-gesuchs Nordmazedoniens angehe, so verunsichere viele Beitrittskandi-daten die Schnelligkeit, wie mit Blick auf die Ukraine vorgegangen werde. Sie frage, inwieweit ein Beitritt der Westbalkanländer möglich sei, ob es Licht am Horizont gebe.

Der Minister habe angekündigt, über seinen Polen- und Ukrainebesuch zu berichten. Sie frage, ob man das noch einmal gesondert beantragen müsse. Herr Liminski sei als erster Minister NRWs in der Ukraine gewesen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** erwidert, ein mündlicher Bericht über die Reise nach Polen und die Ukraine vom Europaminister werde in der nächsten Sitzung auf die Ta-gesordnung kommen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** hält fest, zumindest gebe es das Interesse der Fraktionen von CDU und Grünen. Er werde den Bericht gerne in der nächsten Sitzung erstatten. Was die Beitrittsverhandlungen, bezogen auf den Westbalkan angehe, so würden die Verhandlungen konkret in Brüssel geführt. Herr Maričić führe die Verhand-lungen im Wesentlichen. Er glaube, dass das seitens der EU-Kommission mit einer größeren Ernsthaftigkeit als früher befördert werde.

Das Thema Ukraine sei auch Thema seiner Gespräche im Außenministerium dort ge-wesen. Man erwarte, dass die EU-Kommission die sieben Themenkörbe bis Ende die-ses Jahres bei der Vorbereitung konkretisiere, sodass man dann den Fahrplan für die weiteren Gespräche festlegen könne. Das sei bei der Ukraine der Fall.

Was bei den Beitrittsverhandlungen mit dem Westbalkan die Frustration erhöhe, sei die Tatsache, dass das Ganze ausgebremst werde durch Bulgarien, die jetzt geltend machen würden, dass sie unsicher seien, wie mit der bulgarischen Minderheit in den Nachbarstaaten umgegangen werde. Nachdem es vorher den Namensstreit mit Grie-chenland wegen des Namens Mazedonien gegeben habe – das sei Hindernis im Bei-trittsprozess gewesen –, habe man sich bereit erklärt, den Namen, den eine Mehrheit für gerechtfertigt halte, nämlich Mazedonien, in Nordmazedonien zu ändern, dafür die Verfassung zu ändern. Das sei kein ungefährlicher Prozess in einer so kleinen Demo-kratie. Man habe alles gemacht. Dann denke man, jetzt sei der Knoten gelöst, und man könne den Beitritt forcieren.

Dann komme der nächste Nachbar, der beklage, das mit der Minderheit sei alles schwierig, das müsse auch alles in der Verfassung festgehalten werden. Das sei für ein kleines Land, seine Verwaltung und Regierung eine herausfordernde Situation. Man müsse – das habe man im Einzelnen besprochen – alle Wege nutzen, um auch die Bulgaren dazu zu bringen, hier vernünftig zu agieren und die Forderungen auf das Notwendige zu beschränken – das als Hintergrund zu dem hakenden Beitrittsprozess.

Zu dem Beitrittsprozess der Ukraine werde er in dem erwähnten Bericht in der nächs-ten Sitzung ausführen.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)** hat eine weitergehende Frage. Innerhalb des Parlaments seien auch viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterwegs, die den Beitritt

nicht so positiv sähen, die immer wieder neue Punkte einfordern würden, die im Rahmen der anstehenden Verfassungsänderung berücksichtigt werden sollten, Zugeständnisse für andere Nachbarländer, die gemacht werden sollten. Er frage, was der Minister da für Erfahrungen gesammelt habe, ob er mit Oppositionspolitikern gesprochen habe, um zu gucken, wie die Stimmung sei, und was man aus NRW tun könne, um den Prozess zu beschleunigen.

Auch Annalena Baerbock habe gesagt, dass Nordmazedonien zur Europäischen Union gehöre, dass man diesen Beitrittsprozess unterstützen sollte. Man müsse sehen, wie das weitergehe. Es sei fraglich, ob dieser Entscheidungsprozess zu einem positiven weiteren Prozess führe.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** erwidert, in den 24 Stunden, die er dort verbracht habe, habe er nicht die Möglichkeit gehabt, auch noch mit Oppositionsvertretern zu sprechen, da auch die anderen Dinge hätten untergebracht werden müssen. Er müsse das am Ende auch mit seinen Aufgaben hier zusammenbringen. Dadurch, dass es unterschiedliche Konstellationen in der Regierung gebe, seien die Gespräche von einer großen Offenheit gewesen, man habe fürs Land gesprochen, nicht nur für die Regierungspartei. Herr Osmani und Herr Maričić gehörten nicht der gleichen Partei an, es seien schon unterschiedliche Sichtweisen gewesen.

Aufgrund der Konstellation, dass die Verfassung noch einmal angefasst werden solle, gebe es andere Wünsche und auch politische Manöver, mit denen man versuche, an der Stelle die Regierungsmehrheit in Schwierigkeiten zu bringen. Ihm sei wichtig, klar zu machen, dieser zugesagte Prozess der Verfassungsänderung müsse auch aufgegleist werden, das sei bisher seitens der Regierung verzögert worden. Diesen Teil könne man einfordern. Es gebe Dinge, die er als Hausaufgaben mit genommen habe, auch Wünsche, die er weitergebe. Das dürfte Frau Baerbock nicht anders gegangen sein.

Klar sei, dass es an der Stelle noch einmal eine Art nationalen Kraftaktes brauche. Kroatien habe es vorgemacht, habe es hinbekommen, trotz einer ebenfalls sehr polarisierten Parteienlandschaft seinerzeit den EU-Beitrittsprozess auszulagern und als ein legislaturperiodenübergreifendes Projekt anzulegen, sodass auch bei wechselnden Mehrheiten und Regierungsbeteiligungen der Beitrittsprozess immer on track gewesen sei. Er habe versucht, das auch als Role-Model ins Schaufenster zu stellen. Das sei in Nordmazedonien, in einer kleinen Demokratie mit 1,8 Millionen Menschen, nicht ganz leicht. Es müsse aber auch dort das Ziel sein, den EU-Beitrittsprozess, gerade weil er nach 18 Jahren so heiß ersehnt sei, so aufzusetzen, dass er nicht seitens der deutschen Vertreter und der EU-Vertreter neu diskutiert werden müsse, wenn es zu einem Mehrheitswechsel, einen Regierungswechsel komme.

Für diese Dinge könne man werben. Es gebe eine Offenheit dafür. Man begegne sehr unterschiedlichen Politikern dort. Umso wichtiger sei auch neben bilateralen Gesprächen mit Herrn Maričić der gemeinsame Auftritt beim Präsidialzentrum für politische Bildung. Dort seien auch Studierende gewesen, unter anderem aus einem von der GIZ geförderten Projekt, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln Fragen stellen würden.

Das habe er als erfrischend empfunden, um in dem gegebenen Rahmen dazu einen Beitrag zu leisten.

Zu den jungen Menschen: Gerade was das Trainee- und Entrepreneurship-Programm angehe, so sei das etwas, womit man niederschwellig Gutes tun könne. Er habe viele junge Leute dort getroffen, das sei auch inklusiv angelegt gewesen. Die jungen Menschen hätten in Unternehmen in Nordrhein-Westfalen Praktika gemacht. In der Unternehmensdelegation habe es einen Fall gegeben, da habe einer der Praktikanten den Kontakt hergestellt. Manchmal sei es banal, wie es dann laufe.

Die Person habe die Begeisterung in dem Unternehmen für die Region erst geweckt, sie habe aufgezeigt, welcher Spirit, welcher Arbeitsethos dort herrsche. Das Land könne schon seinen Beitrag leisten. Das wolle man auf jeden Fall fortführen mit Partnern. Das könne die Staatskanzlei der Landesregierung nicht selber machen, sondern das fördere man über Partner. Das mache man zusammen mit dem World University Service. Er glaube, dass man auch im Bereich der kommunalen Partnerschaften, die man stark mit Blick auf die Ukraine ausweite, viel tun könne – da arbeite man mit Partnern wie dem SKEW oder der Auslandsgesellschaft in Dortmund, dem Netzwerk Kommunale Partnerschaften dort zusammen –, auch mit Blick auf den Westbalkan nach Möglichkeiten suchen könne. Man könne diese Ebene nutzen, um menschliche Verbindungen herzustellen.

**6 Plant die Landesregierung ein Landesprogramm für afghanische Ortskräfte und deren Angehörige?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht  
der Fraktion der SPD  
Vorlage 18/1174

**Josef Neumann (SPD)** bedankt sich für den Bericht. Er stelle fest, dass die Landesregierung ihre Pflicht getan habe und darauf hinweise, was die Bundesregierung machen müsse. Er vermisse allerdings die Kür. Die Ortskräfte in Afghanistan seien der Grundpfeiler, damit eine Institution wie die Bundeswehr und die Angehörigen der Bundeswehr, aber auch die zivilen Einrichtungen dort hätten Arbeiten leisten können im Sinne der Menschen, aber auch Arbeit im Sinne des Kampfes gegen den Terrorismus.

Man wisse, wie das leider ausgegangen sei. Tausende dieser Ortskräfte seien zurückgelassen worden. Bundesländer wie Hessen, Bremen, Schleswig-Holstein, Thüringen und andere würden weit über die Pflicht hinaus die Kür vollbringen. Er frage sich, warum in einem der größten Bundesländer der Bundesrepublik für diese Ortskräfte keine eigene Landesmaßnahme auf den Weg gebracht werde, um mehr Hilfe zu leisten. Der Verweis auf die Bundesregierung sei sicherlich wichtig. Nordrhein-Westfalen könnte den Initiativen folgen, die es auch in anderen Bundesländern gebe.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** stellt heraus, Nordrhein-Westfalen habe sehr früh signalisiert, dass die Bundesregierung auf die Unterstützung des Landes zählen könne. Das sei nicht bei allen Ländern von Anfang an der Fall gewesen. Das habe man proaktiv seinerzeit gemacht, als es um Menschenrechtsverteidiger, um politische Verfolgte bzw. auch andere Personen – über die Ortskräfte hinaus – gegangen sei.

Mit Blick auf das Kontingent sei es sei, dass NRW seine Pflicht erfüllt habe. Er nenne noch einmal die Zahl. Über 7.000 Menschen – das sei keine kleine Zahl – seien aufgenommen worden. Mit Blick auf die Programme anderer Länder – so sei ihm das von der Fachebene gespiegelt worden – sei es etwas missverständlich formuliert, weil man nicht von eigenen Landesprogrammen für afghanische Ortskräfte wisse, sondern nur davon, dass es in einzelnen Ländern noch ein Familiennachzugsprogramm gebe. Das sei etwas anderes als ein eigenes Landesprogramm. Das sollte man auseinanderhalten. Wenn es gewünscht sei, könne noch jemand vom Ministerium dazu ausführen.

**7 Katastrophenschutz: Dürfen demnächst Soldaten aus den Niederlanden in Nordrhein-Westfalen helfen?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1178

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**9 Hochwasserschutz: Wann kommt die Ministerkonferenz in der Euregio Maas-Rhein?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht  
der Landesgericht  
Vorlage 18/1180

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** merkt an, die Berichts-anfrage beziehe sich auch auf die Tagesordnung des EVTZ. Es sei gefordert worden, dass es zu einer solchen Ministerkonferenz kommen solle. Er bitte den Minister, dazu etwas zu sagen. Die Niederländer hätten mittlerweile dazu Stellung genommen. Danach solle die Konferenz nach den Sommerferien stattfinden.

**Sonja Bongers (SPD)** erkundigt sich ebenfalls, ob es eine solche Konferenz geben werde.

Sie wüsste gerne, wie der Umfang der Behördenkooperation aussehe, wie oft getagt werde, welche konkreten Konsequenzen aus der Katastrophe gezogen worden seien.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** merkt an, die Vorlage zeige, was es alles im Bereich Hochwasserschutz gebe. Er finde das ziemlich unübersichtlich. Er wüsste gerne, ob irgendjemand den Hut aufhabe und das koordiniere.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** führt aus, das Thema treibe die Landesregierung um. Es gebe vielfältige Initiativen. Man sei momentan dabei, das im Rahmen der Grenzlandagenda in seiner Gänze zu erkunden. Das solle nicht die anderen Arbeiten aufhalten, die es zwischenzeitlich gegeben habe. In der Woche vor Ostern habe er einen Austausch mit der niederländischen Ministerin und dem Königlichen Kommissar, Herrn Heidema, gehabt – das sei die Steuerungsgruppe der Grenzlandagenda. Zuletzt habe man sich im Januar in Brügge getroffen. Die Grenzlandkonferenz im Dezember werde vorbereitet, auf der das Thema Wasser eine große Rolle spielen werde, das Thema Hochwasserschutz sei ein zentrales Thema dabei.

Das zuständige Ressort, das MUNV, arbeite auch mit den Kollegen an der Stelle zusammen. Das werde jetzt so zusammengebunden, dass man nach der Flutkatastrophe 2021 die verschiedenen Aktivitäten zusammenführe. Das sei notwendig. 2021 habe man die Erfahrung gemacht, dass gerade die kleinen Flüsse und Bäche das Problem darstellen könnten. Da verbinde NRW viel mit den Niederlanden. Er stoße bei dem Wunsch, das zu vertiefen, auf großes Interesse. Von einem konkreten Wunsch nach einer Ministerkonferenz sei ihm nichts bekannt. Es könne aber sein, dass damit gemeint sei, dass sich die Fachminister dazu austauschen sollten. Das würde dann der Fachminister mit den Kollegen machen. Er würde es spätestens im Nachgang zur Grenzlandkonferenz als gegeben ansehen, dass das stattfinden werde. Da sei man voll on the same page.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** stellt heraus, den Hochwasserschutz jetzt auf das furchtbare Ereignis aus dem Jahre 2021 zu reduzieren, wäre in Nordrhein-Westfalen falsch. Das stoße ihn immer wieder in der politischen Diskussion auf – als jemand, der Rheinanlieger sei, Zwangsmitglied in einem Deichverband, der über Jahrzehnte wichtige Arbeit für die Sicherung des grenzüberschreitenden Flusses des Rheines gemacht habe. Da müsse man deutlich die Unterschiede herausstellen. Er sehe nur, dass das in der politischen Diskussion häufig nicht passiere.

Die schon etwas Älteren im Raum könnten sich vielleicht noch an 1993 und 1995 erinnern, als der Rhein das gesamte niederrheinische Gebiet bedroht habe, erste Evakuierungen stattgefunden hätten. Auf Basis dieser Katastrophe, 93 und 95, an der man nur vorbeigeschlittert sei, habe man die Maßnahmen der damaligen Ministerin Höhn in Form eines Programms klar definiert, bis 2015 Deicherneuerungen zu erreichen. Dieses Ziel habe keine Regierung erreicht.

Einer der Nachfolger habe 2017 die Prolongation bis 2025 durchgesetzt. Er wage die Prognose, dass man das wieder nicht erreichen werde. Das bedeute, man habe aus den 93-er und 95-er Vorfällen anscheinend nicht nur nichts gelernt, sondern bei der Umsetzung immer noch nicht die richtigen Schlüsse gezogen. Ein Punkt sei sehr positiv: Das seien die Deichringe 42 und Deichringe 48, die grenzübergreifend linksrheinisch und rechtsrheinisch deutsche und niederländische Gebiete umfassten, die zu einer engen Kooperation zwischen Rhein-Waterstraat und den hiesigen Deichverbänden geführt hätten, die im Katastrophenfall auch zusammen agieren würden.

Man müsse schon erwähnen, dass es längst übergreifende Kontakte gegeben habe. Er sei selber bei der Hochwasserkonferenz in Arnheim gewesen, wo auch Ministerin Heinen-Esser gewesen sei. Die Landesregierung sei präsent gewesen. Das sei Thema dieser Konferenz gewesen. Der AK HuG, der Zusammenschluss sämtlicher in dem Bereich tätigen Akteure in Nordrhein-Westfalen, sei dort auch präsent gewesen, sei auch mit den Niederländern in Kontakt. Man müsse gucken, wo Strukturen seien. Im Bereich der Maas gebe es anscheinend noch keine.

Da sei man schon sehr viele Wege gegangen, man sei immer noch nicht am Ende. Es mache einen Unterschied, ob man an einem solchen Fluss technischen Hochwasserschutz betreibe oder ob man in von Starkregenereignissen geplagten Gebieten, die man immer wieder haben werde, etwas machen wolle. Man könne nicht prognostizieren, wo der nächste Starkregen runterkomme. Aber man wisse genau, dass durch diesen Fluss jedes Jahr Tauwasser und Frühlingsregen runterkomme, im Herbst auch. Dann könne man gern an den Niederrhein kommen, da könne er den „Mississippi“, den 2,5 km breiten Rhein, zeigen. Da werde deutlich, dass man da etwas tun müsse. Das sei eine ganz andere Geschichte als in diesen Starkregenregengebieten.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** will dem nicht widersprechen, was Dr. Bergmann gesagt habe. Aus dem PUA „Hochwasser“ wisse er, dass der Rhein mit seinen Pegelmessstationen wesentlich besser aufgestellt sei als die kleinen Flüsse und Bäche, die in der Eifel oder sonst wo flößen, wo man keine Vorhersage gehabt habe.

Hochwasserschutz bedeute auf der einen Seite Schutz der Bevölkerung vor entsprechenden Hochwassern an großen Flüssen wie dem Rhein; gleichzeitig aber auch ausreichende Vorhersage zum Schutz der Bevölkerung, damit diese gefährdete Gebiete verließen.

Das habe – das habe das Ergebnis gezeigt – in beiden Bereichen nicht funktioniert. Weder sei die Bevölkerung am Rhein, an der Ahr oder in kleineren Gebieten gewarnt worden noch hätten die Niederländer NRW vor zu erwartendem Hochwasser gewarnt. Das habe nicht funktioniert. Es sehe es nicht so wie Herr Dr. Bergmann, dass auf der einen Seite schon viel passiert sei, auf der anderen Seite in einigen Bereichen weniger. Es habe kein Hochwasser-Management gegeben, um die Bevölkerung zu warnen. Das stehe fest, sonst hätte man nicht die vielen Toten in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen gehabt.

Vorhersagen seien sehr spät durch die Polizei, durch die Feuerwehr vor Ort durchgeführt worden, nachdem der Deutsche Wetterdienst endlich wenige Stunden vorher gewarnt habe. Darum drehe sich die Arbeit des PUA „Hochwasser“, darum drehe sich auch die Arbeit, die man grenzüberschreitend beim Thema Hochwasser brauche. Die Niederländer hätten eigene Messpegelstationen auf deutschem Gebiet. Die Überlegung der Niederländer gehe auch dahin, wie man mit Deutschland zusammen verstärkt Schutzvorrichtungen errichten könne, um die niederländische Bevölkerung zu schützen. Da gebe es auch Aktionen. Nichts anderes solle auch der Antrag. Er solle nicht kleine regionale ländliche Bereiche gegen die Städte am Rhein ausspielen. Der Hochwasserschutz und der Bevölkerungsschutz, die im Jahre 2021 nicht funktioniert hätten, gehörten zusammen.

**10 Spitzenforschung: Wie aktiv ist die Taskforce für das Einstein-Teleskop?**  
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht  
der Landesgericht  
Vorlage 18/1177

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich für den Bericht. Die Taskforce, so wie sie gewollt sei, sei eine länderübergreifende Zusammenarbeit. Er glaube, man brauche nicht nur die Taskforce länderübergreifend im Rahmen der Benelux-Zusammenarbeit, sondern man müsse auf deutscher Seite, vonseiten des Landes NRW etwas machen.

Zwei Beispiele dazu: In Belgien sei am 23.02.2023 ein Bericht durch die Presse gegangen, dass keine neuen Windräder in Les Plennes wegen des Einstein-Teleskops errichtet werden dürften. Der Staatsrat habe Baugenehmigungen für sechs Windräder des Einstein-Teleskops im Februar 23 ebenfalls auf. In Kelmis gebe es am 05.08.2022 die Einstellung von Bergbau, damit es keine Erschütterungen zum Schutz des Einstein-Teleskop gebe. Das machten Holländer und Belgier.

Gleichzeitig wisse man in Deutschland noch nicht so genau, wie groß der Radius sei, der zu schützen sei, weil man nicht wisse, wo die Röhren entlangliefen und welcher Radius dann von Erschütterungen freizuhalten sei. Das sei ein Hinweis, weil in bestimmten Regionen, die direkt an das niederländisch-belgische Gebiet angrenzen würden, natürlich Planungen für Windräder gemacht würden. Da müsse man fragen, ob man überhaupt dahin dürfe oder nicht, Aachen plane zum Beispiel. Man wisse nicht, wann die da errichtet würden. Das sei der eine Punkt.

Zweitens: Das Einstein-Teleskop sei in die nationale Roadmap aufgenommen worden. Das heiße, 2025 werde darüber entschieden, ob die Gelder von deutscher Seite freigegeben werden sollten oder nicht. Das habe man ihm so mitgeteilt. Was aber von deutscher Seite fehle, sei der sozioökonomische Impact, den man neben dem wissenschaftlichen Impact erwarte, um die Finanzierung im Vergleich zu allen anderen Projekten, die in der Roadmap drinstehen würden, befürworten zu können. Dazu gehöre zum Beispiel die Frage, wo Vorteile für deutsche Unternehmen lägen, wenn hunderte von Millionen Euro in das Projekt gesteckt würden.

Dazu gehöre die weitere Frage, wie man das Forschungsprojekt in Sachsen mit integrieren könne in das Einstein-Teleskop-Projekt. Dazu gehöre die Frage, welche Technologiebetreiber sich mit dem Großprojekt von deutscher Seite beschäftigen würden. Das seien alles Fragen, die man nicht mit der Taskforce beantworten könne. Es gebe auch rein nationale Interessen in Belgien und in den Niederlanden, die das auch befürworten würden. Man müsse das aus nationaler und von der Landesseite aus beantworten. Das sei der Wunsch von ihm. Deswegen habe er um diesen Bericht gebeten.

Die Taskforce sei grenzübergreifend tätig. Aber Nordrhein-Westfalen müsse eigene Aufgaben noch erfüllen, die Holland und Belgien teilweise schon gemacht hätten. Er frage, was mit Erschütterungen im Boden sei, wie weit man den Radius zumindest zum Schutz ziehe, wie der sozioökonomische Impact sei. Da müsse einer hier in Nordrhein-Westfalen den Hut auf haben. Er habe zu TOP 9 gehört, dass der Minister gesagt

habe, das habe man. Er würde sich wünschen, wenn man beim Einstein-Teleskop neben der Taskforce auch jemanden aus der Staatskanzlei hätte, der dafür die Federführung übernehme. Das könne die RWTH Aachen, das könne die Forschungslandschaft nicht.

**Josef Neumann (SPD)** gibt an, der Arbeitskreis sei zweimal in der Region gewesen und habe sich mit dem Thema beschäftigt. So wichtig das Projekt Einstein-Teleskop für die gesamten Regionen auch sei: Es gebe den Hinweis, dass es auf belgischer Seite noch nicht die politische Mehrheit dafür gebe, insbesondere weil die wallonischen Grünen noch Bedenken hätten.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** erklärt, er persönlich bemühe sich sehr darum, dass man weiterkomme, nachdem über viele Jahre bilateral sehr viel gesprochen worden sei, aber nie in dem Verbund derjenigen, die zusammenarbeiten müssten, damit es etwas werde. Das sei der Hintergrund für das Bemühen im Dezember, diesen Runden Tisch zusammen zu bekommen. Man habe das mit den Niederländern und den Belgiern in nationalen Regierungskonsultationen besprochen, um jeweils das politische Backing von der Spitze her sicherzustellen, was man bekommen habe. Auf der Bundesebene sei das bekanntermaßen schwieriger, aber auch da nehme er Bewegung wahr.

Es sei mühsam gewesen, einen Vertreter der Bundesregierung für diesen Runden Tisch zu bekommen, obwohl man den extra in Bonn gemacht habe, um der eigenen Bundesregierung soweit wie möglich entgegenzukommen. Zumindest sei das BMBF auf Abteilungsleiterebene vertreten. Sie seien auch bei der Taskforce mit dabei. Nachdem im letzten Sommer die Ernüchterung sehr groß gewesen sei, auf die das Plenum mit einem entsprechenden Antrag im November reagiert habe, nach der Antwort auf die Kleine Anfrage seitens des BMBF, gebe es jetzt Verlautbarungen des BMBF, die zumindest eine Finanzierungsentscheidung innerhalb dieser Legislaturperiode ankündigen würden. Da sei man noch nicht am Ziel.

Von hier aus wolle man dem entgegenarbeiten. Man müsse das Commitment in diesem und nächsten Jahr definitiv auf den Punkt bringen. Die Niederländer seien bekannterweise am weitesten mit ihren 900 Millionen Euro. Es sei so, dass man erstmal die Baustelle Sachsen bearbeite. Er habe mit seinem Amtskollegen in Sachsen dazu Gespräche geführt, auch der Staatssekretär mit seinem Kollegen. Mit Blick auf den Strukturwandel sei es mit Sachsen schwierig. Manche Projekte aus dem Rheinischen Revier habe man auch für den Strukturwandel in Sachsen erkannt. Bei diesem Thema sei es ähnlich.

Es sei völlig klar, dass das dort nicht mit den östlichen Nachbarn machbar wäre, weil die Polen und Tschechen auf den Bergbau nicht verzichten wollten. Ihm gehe es darum, kein Spiel Sachsen gegen NRW zu machen. Das könne man gewinnen. Man müsse sich aber fragen, was das bringen könnte. Das solle kooperativ aufgelöst werden, indem man das einfach zusammen mache. Die Spiegel, die für das Teleskop notwendig seien, könnten in Sachsen hergestellt werden, hier eingesetzt. Dafür sei man in Sachsen sehr offen. Das mache es der Bundesforschungsministerin wiederum

leichter, vielleicht zu sagen, für ein Projekt, das Ost und West in Deutschland zusammenbringe, könne sie anders Mittel generieren, als wenn man nur Mittel nach NRW gebe. Das wäre die Auflösung in der Sache.

Mit den Belgiern sei es so, wie Herr Neumann gesagt habe: Die Wallonie sei das langsamste Glied im Konvoi. Aber auch hier gebe es Bewegung. Das gehe von der Arbeitsebene her aufwärts. Man versuche jetzt, auch mit dem Botschafter und anderen – man nutze alle Kanäle, die zugänglich seien – dazu beizutragen, dass zumindest der Weg nicht verbaut werde. Bis es zu einer Begeisterung komme – ähnlich wie in den Niederlanden oder hier – sei es noch ein Weg. Es sei wichtig, das nicht zu verunmöglichen.

Das bringe ihn zu der nächsten Frage von Herrn Pfeil. Die Koordination liege in der Staatskanzlei, im Europaressort. In der Taskforce seien auch Kolleginnen und Kollegen aus dem MWIKE mit Blick auf die Landesplanung – Stichwort Wind – mit dabei, das sei sinnvoll. Das MKW sei eingebunden als Forschungsressort. Da gebe es leichte Möglichkeiten als Regierungszentrale, das sicherzustellen – neben persönlicher Präsenz oder auch nachträglicher Einbindung. In der Tat müsse es so koordiniert sein, dass nicht Dinge gemacht würden, die zu Erschwernissen führten.

Er habe in der Region mit Frau Thönnissen vom Zweckverband gesprochen. Es sei wichtig, dass beim Thema Windausbau oder anderen Dingen nicht Ernüchterung eintrete. Er habe sich sagen lassen, dass es bei dem Gebiet, das voraussichtlich betroffen sein würde, machbar sei. Bei der Größenordnung sei das leistbar.

Das Ganze werde in der Staatskanzlei koordiniert. Die Taskforce habe sich im März getroffen, sie werde sich im Mai wieder treffen. Daran könne man auch erkennen, dass das kein Prozess für die Galerie sei, sondern ein echter Arbeitsprozess, um die Fragestellungen nicht nur zu definieren, sondern auch zu lösen.

## 11 Verschiedenes

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** trägt vor, in der Obleuterunde sei der Wunsch von einer Fraktion geäußert worden, dass von der Landesregierung regelmäßig über die Arbeit im Ausschuss der Regionen berichtet werde. Das AdR-Plenum tage sechs Mal im Jahr. Er würde anregen, das zweimal jährlich, einmal vor der Sommerpause, und einmal im Dezember für die zweite Jahreshälfte zu machen. Er frage die Landesregierung, ob sie das gewährleisten könne. Ein mündlicher Bericht würde auch reichen. – **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** ist einverstanden.

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

## 5 Anlagen

05.06.2023/07.06.2023



# Freie Demokraten

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Dr. Werner Pfeil MdL**

Vorsitzender des Rechtsaus-  
schusses

Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“  
Sprecher für Europa und Inter-  
nationales

Ausschuss für Europa und Internationales  
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

14. April 2023

## **Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Aus- schusses für Europa und Internationales am 28. April 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 28. April 2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zu nachstehendem Thema:

### **Homeoffice: Neue Regeln zur Sozialversicherung für Grenzpendler**

Mit dem Auslaufen der Covid-Regeln werden Grenzpendlerinnen und Grenzpendler zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten beim mobilen Arbeiten behindert.

Für die Zeit der Covid-Pandemie wurden viele der starren europäischen Regelungen liberalisiert, vor allem die zum Homeoffice. Leider enden in diesen Monaten viele der liberalen Homeoffice-Regeln. Denn sie hatten nicht zum Ziel, die Freiheit der Beschäftigten zu erhöhen, sondern sollten die Pendlerströme insgesamt verringern.

Vielerorts kann es geschehen, dass Beschäftigte nur einen Bruchteil ihrer Arbeitszeit im Homeoffice ableisten. Das liegt an den geplanten Regeln zur Sozialversicherung. Wer mehr als 25 Prozent seiner Arbeitszeit von Zuhause aus arbeiten möchte, wird in seinem Heimatland Beiträge an die Sozialversicherung zahlen müssen – statt wie bisher im Land des Arbeitsgebers.

Das bedeutet für die Beschäftigten mehr Bürokratie und wird viele abschrecken.

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

[werner.pfeil@landtag.nrw.de](mailto:werner.pfeil@landtag.nrw.de)

[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)  
[facebook.com/WernerPfeil](https://facebook.com/WernerPfeil)  
[instagram.com/wernerpfeil\\_nrw](https://instagram.com/wernerpfeil_nrw)



## Lösung in Sicht?

Die Sonderregeln für die Covid-Pandemie werden in diesem Sommer auslaufen. Immerhin scheint sich eine europäische Lösung anzubahnen.

Wie die niederländischen Arbeitsministerin van Gennip mitteilt, arbeiten den Niederlanden gemeinsam mit den übrigen EU-Staaten an einer Rahmenvereinbarung.<sup>1</sup>

- Die Grundregel soll bestehen bleiben: 25 Prozent der Arbeitszeit kann von daheim abgeleistet werden, ohne dass neue Pflichten entstehen.
- Es soll ein Ausnahmeverfahren geben: Die EU-Staaten können zusätzliche Prozentpunkte vereinbaren und damit den Schwellenwert erhöhen.
- Die Grenzpendler müssen dann bei ihren Arbeitgebern einen Ausnahmeantrag stellen.

Das Arbeitsministerium der Niederlande hat mitgeteilt: Die Niederlande wollen den Schwellenwert auf 50 Prozent erhöhen. In einem offiziellen Dokument der Regierung heißt es:

"Die Rahmenvereinbarung ermöglicht es Arbeitnehmern im Wohnsitzmitgliedstaat, bis zu 50 % ihrer Arbeitszeit im Rahmen der Telearbeit zu verbringen, ohne dass sich das geltende Sozialversicherungsrecht ändert (wenn sowohl der Arbeits- als auch der Wohnsitzstaat die Rahmenvereinbarung unterzeichnen).

Dieser Prozentsatz wurde unter anderem auf Betreiben der Niederlande gewählt, damit auch Teilzeitbeschäftigte, die zum Beispiel vier Tage arbeiten, die Möglichkeit haben, regelmäßig von zu Hause aus zu arbeiten.

Wenn die Bedingungen der Rahmenvereinbarung erfüllt sind, können die Durchführungsstellen der Mitgliedstaaten in einem vereinfachten Verfahren eine so genannte "Artikel 16-Vereinbarung" schließen. Eine solche Artikel 16-Vereinbarung weicht von den regulären

---

<sup>1</sup> Karien van Gennip: Minister geeft update over thuiswerken en gevolgen sociale zekerheid in EU ("Ministerin gibt aktuelle Informationen über Heimarbeit und Auswirkungen auf die soziale Sicherheit in der EU"), in: Salaris van Morgen (13. April 2023). URL: <https://www.salarisvanmorgen.nl/2023/04/13/minister-geeft-update-over-thuiswerken-en-gevolgen-sociale-zekerheid-in-eu/> [Stand 13. April 2023]

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Benennungsregeln der Verordnung 883/2004 ab. Arbeitnehmer oder Arbeitgeber müssen sie im Mitgliedstaat des Arbeitgebers beantragen."<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Kann nach Ansicht der Landesregierung die neue Rahmenvereinbarung ein Vorbild sein für Grenzpendlerinnen und -pendler bei uns?
2. Was unternimmt die Landesregierung, um beim Bund eine ähnliche Vereinbarung für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler aus NRW und nach NRW anzustoßen?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Schwellenwert von 50%, bei dem die Zuständigkeit wechselt?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil

---

<sup>2</sup> Übersetzt aus dem Niederländischen mit [www.DeepL.com/Translator](https://www.DeepL.com/Translator) (kostenlose Version). Niederländische Regierung: Erläuterte Tagesordnung für den informellen Rat für "Beschäftigung und Sozialpolitik" am 3. und 4. Mai 2023, (12. April 2023), Seite 5 und 6. URL: <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2023/04/12/geannoteerd-e-agenda-informele-raad-wsb-3-4-mei-stockholm>





Romina Plonsker MdL – CDU-Landtagsfraktion NRW  
Berivan Aymaz MdL – Grüne im Landtag NRW  
Platz des Landtags 1 – 40221 Düsseldorf

**Romina Plonsker MdL**

Sprecherin für Europa und Internationales  
der CDU-Landtagsfraktion

**Berivan Aymaz MdL**

Sprecherin für Europa und Internationales  
der Grünen-Landtagsfraktion

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Ausschusses für  
Europa und Internationales am 28. April 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW  
beantragen wir folgenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für  
Europa und Internationales am 28. April 2023:

„Ergebnisse der Reise des Europaministers nach Nordmazedonien vom 19.-21. März  
2023“:

Vom 19.-21. März 2023 reiste Europaminister Nathanael Liminski nach Nordmazedonien.  
Das Land ist seit dem 1. März 2021 Partnerland Nordrhein-Westfalens. Ziel der  
Partnerschaft ist es, die Anbindung des Westbalkan-Landes an die EU zu unterstützen.  
Seit 2005 ist Nordmazedonien bereits EU-Beitrittskandidat. Aber auch in Wirtschaft und  
Zivilgesellschaft gibt es Anknüpfungspunkte für einen künftigen Ausbau der  
Partnerschaft. Aktuell leben ca. 250.000 Menschen aus den Westbalkanstaaten in  
Nordrhein-Westfalen, rund 41.000 davon stammen aus Nordmazedonien.

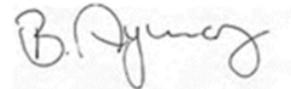
Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen mündlichen Bericht zur  
Reise und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche Gespräche wurden im Rahmen der Reise geführt und welche Themen  
standen dabei im Mittelpunkt?
2. Wie hat sich die Partnerschaft in den vergangenen zwei Jahren entwickelt?
3. Welche Schwerpunkte werden in der Zusammenarbeit gesetzt und welche sind in  
der Zukunft geplant?

4. Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem EU-Beitrittsprozess zu und welche Impulse könnten von einer (erfolgreichen) EU-Annäherung ausgehen?

Mit freundlichen Grüßen

  
Romina Plonsker MdL

  
Berivan Aymaz MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



**INGE BLASK, MdL**  
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510  
E-Mail: inge.blask@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

17. April 2023

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung  
am 28. April 2023: „Plant die Regierung ein Landesprogramm für afghanische  
Ortskräfte und deren Angehörige?“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden  
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und  
Internationales am 28. April 2023: **„Plant die Regierung ein Landesprogramm  
für afghanische Ortskräfte und deren Angehörige?“**

Am 31. März 2023 hat im Landtag NRW ein Parlamentarisches Frühstück zum  
Thema „The Evacuation of the Local Forces in Afghanistan - Lessons Learnt“ der  
Akademie für Internationale Politik des Landes Nordrhein-Westfalen (AIA  
NRW) mit den Obleuten des Ausschusses stattgefunden. Eine  
Forschungsgruppe um Tim Lannan, Prof. Dr. Christian Leuprecht und Dr. Jamie  
Ferrill hat dabei ihre Lehren aus dem Abzug aus Afghanistan für künftige  
multinationale Evakuierungsoperationen von Nicht-Kombattanten gezogen  
und vorgestellt.

In der sich anschließenden Diskussion ging es auch um die Frage, was  
Bundesländer wie NRW beitragen und/oder besser machen könnten. Die  
Antwort war eindeutig: Auch NRW könnte anbieten, Afghaninnen und  
Afghanen aufzunehmen, deren Leben durch den Dienst für die NATO-  
Operation nach dem Abzug der Truppen in Afghanistan erheblich gefährdet ist.  
Ein weiteres „take away“ war, dass die NATO-Mitgliedsländer für zukünftige

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Evakuierungsszenarien besonders von der Konzeption und den Aushandlungsmechanismen des bundesdeutschen Föderalstaats lernen könnten, da sich in dieser Extremsituation deutlich gezeigt hätte, wie viel gute (Vorab-)Kommunikation und Absprache nötig war und ist, damit heikle Evakuierungsmissionen nicht in einem Desaster für die Truppen und Menschen vor Ort werden. Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu folgenden aktualisierten Fragen Stellung zu nehmen:

- Viele andere Bundesländer, u.a. Berlin, Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein und Thüringen haben bereits eigene Landesprogramme für afghanische Ortskräfte und deren Angehörige beschlossen. Warum hat die Landesregierung bisher nicht angeboten, Afghaninnen und Afghanen mit ihren Familien in NRW aufzunehmen, die aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der NATO oder anderen Deutschland nahestehenden Organisationen in ihrer Heimat nun besonders gefährdet sind?
- Gerade am Standort Bonn hat das Land NRW zahlreiche Akteure aus dem internationalen Spektrum vertreten, welche in den vergangenen Jahren intensiv mit der afghanischen Situation betraut waren und sind, u.a. die GIZ. Steht die Landesregierung mit diesen Organisationen im Austausch und wenn ja, in welchem Rahmen findet dieser statt?
- Ist ein konkretes wissenschaftliches und/oder politisches Follow-up zu der Erkenntnis geplant, dass die deutschen Erfahrungen aus Entscheidungsfindungsprozessen in einem föderalen Umfeld mit mehreren Ebenen einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Durchführung multilateraler Operationen zur Evakuierung von Nichtkombattanten (NEOs) in der Zukunft leisten können? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können. Gerne können Sie Repräsentanten und/oder Fellows der Akademie dazu einladen.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

# Freie Demokraten

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Dr. Werner Pfeil MdL**  
Vorsitzender des Rechtsaus-  
schusses

Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“  
Sprecher für Europa und Inter-  
nationales

Ausschuss für Europa und Internationales  
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

3. April 2023

## Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 28. April 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 28. April 2023  
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der  
Landesregierung zu nachstehendem Thema:

„Katastrophenschutz: Dürfen demnächst Soldaten aus den Niederlanden in  
Nordrhein-Westfalen helfen?“

Die Niederlande und Deutschland haben weitere Teile ihrer Armeen miteinander verbunden. Ende März wurde eine dritte Brigade der Niederlande dem deutschen Heer zugeordnet.

Damit sind aktuell alle Brigaden des niederländischen Feldheeres dem deutschen Heer unterstellt. Auf der anderen Seite wird schrittweise das Seebataillon der deutschen Marine in die niederländische Flotte integriert.

Von der militärischen Integration einzelner Truppenteile versprechen sich die Partner eine größere Schlagkraft und Synergien. Bei der vollständigen Integration entstehen gemeinsame Verbände mit einer etablierten Kommandostruktur. Die Technik soll dabei weitgehend vereinheitlicht werden.

Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe kann ein Bundesland Unterstützung von der Bundeswehr anfordern. (regionaler Katastrophenschutz nach Artikel 35 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz) Falls die Naturkatastrophe das Gebiet von mehr als einem Bundesland betrifft, kann die Bundesregierung die jeweiligen Landesregierungen

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

werner.pfeil@landtag.nrw.de

**www.wpfeil.de**  
**facebook.com/WernerPfeil**  
**instagram.com/wernerpfeil\_nrw**



**Freie  
Demokraten**

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

anweisen, Einheiten der Armee einzusetzen. (überregionaler Katastrophenschutz nach Artikel 35 Absatz 3 Grundgesetz)

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Können die niederländischen Einheiten für den regionaler Katastrophenschutz angefordert werden?
2. Können die niederländischen Einheiten für den überregionaler Katastrophenschutz eingesetzt werden?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP****Dr. Werner Pfeil MdL**Vorsitzender des Rechtsaus-  
schussesSprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“  
Sprecher für Europa und Inter-  
nationalesAusschuss für Europa und Internationales  
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

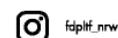
14. April 2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Aus-  
schusses für Europa und Internationales am 28. April 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 28. April  
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Be-  
richts der Landesregierung zu nachstehendem Thema:**Hochwasserschutz: Wann kommt die Ministerkonferenz in der Euregio  
Maas-Rhein?**Der Schutz vor Hochwasser ist für unsere Bürgerinnen und Bürger von großer  
Bedeutung. Die Flutkatastrophen der letzten Jahre haben gezeigt: Um Leib und  
Leben der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, muss der Staat besser orga-  
nisiert werden.Die Flutkatastrophe vom Juli 2021 hat Städte in Westdeutschland, den Nie-  
derlanden und Belgien verwüstet. Solche Krisen kennen keine Grenzen, des-  
wegen müssen wir auch den Katastrophenschutz grenzübergreifend organi-  
sieren.Wie Medien berichten sind die Niederlande bereit auf deutschem Boden in  
den Hochwasserschutz zu investieren. Denn die meisten Flüsse und Bäche,  
die bei Starkregen zu reißenden Strömen werden, fließen durch NRW, bevor  
sie niederländisches Territorium erreichen.Als FDP haben wir am 13. Januar 2023 die Landesregierung mit der Kleinen  
Anfrage 18/2527 dazu befragt. Die Landesregierung teilte am 06. Februar  
mit, sie sei über den Sachverhalt nicht unterrichtet.**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

[werner.pfeil@landtag.nrw.de](mailto:werner.pfeil@landtag.nrw.de)[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)  
[facebook.com/WernerPfeil](https://facebook.com/WernerPfeil)  
[instagram.com/wernerpfeil\\_nrw](https://instagram.com/wernerpfeil_nrw)

**Politiker des EVTZ EUREGIO Maas Rhein fordern Ministerkonferenz**

Am 26. April 2023 tagt die Frühjahrskonferenz des EVTZ Euregio Maas-Rhein in Maastricht. Wie aus der Tagesordnung hervorgeht, plant die Euregio Maas-Rhein sich mit dem gemeinsamen Hochwasserschutz zu befassen.

Die Politiker des EVTZ fordern grenzüberschreitend eine Ministerkonferenz. Auf diese Weise sollen die Staaten ihre zahlreichen Ideen und Strategien endlich bündeln:

„Tagesordnungspunkt 4  
Aufarbeitung der Hochwasserkrise: Euregionale Konferenzen

Zur Aufarbeitung der Hochwasserkrise entstehen zahlreiche Strategien, Projekte und Initiativen in den Partnerregionen. Der EVTZ wird regelmäßig zu diesem Thema angefragt und musste, gemeinsam mit einigen Akteuren, Verbesserungsbedarf bei der grenzüberschreitenden Koordination feststellen.

Um dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen, empfehlen der EVTZ-EMR, die Waterveiligheid en Ruimte Limburg (WRL) und der Region Aachen Zweckverband eine Ministerkonferenz zu diesem Thema zu organisieren.

Diese wird von einer Arbeitskonferenz vorbereitet, bei welcher sich laufende Projekte, Initiativen uvm. Grenzüberschreitend austauschen und Handlungsempfehlungen formulieren. Das Ziel sind Absprachen zu einer besser koordinierten grenzüberschreitenden Vorgehensweise sein.“

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Ist die Landesregierung über das Ideen von niederländischer Seite informiert, gemeinsam den Hochwasserschutz weiterzuentwickeln?
- Wie bewertet die Landesregierung die Forderung der Politiker des EVTZ eine Ministerkonferenz zum Thema Hochwasserschutz durchzuführen?
- Wir bitten um konkrete Darstellung der „zahlreichen Strategien, Projekte und Initiativen in den Partnerregionen“, die über die Euregio auch der Landesregierung bekannt sein dürften.

# Freie Demokraten

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

- Wann wird die Landesregierung das Sicherheitsnetzwerk N4 zwischen den Niederlanden und NRW und das „Grundlagenkonzept Grenzlose Sicherheit“ weiter umsetzen, Gibt es hierzu konkrete Planungen, die im Rahmen der BENELUX bereits konkretisiert wurden?
- Was hat die Landesregierung konkret bisher unternommen, um den grenzüberschreitenden Schutz vor Hochwasser und weiteren Katastrophen zu verbessern?
- Gibt es von Seiten des Landes konkrete Ideen, um den grenzübergreifenden Hochwasserschutz konkret voranzubringen, sind hierzu auch Kosten bekannt?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil



**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP****Dr. Werner Pfeil MdL**  
Vorsitzender des  
RechtsausschussesSprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“  
Sprecher für Europa und  
InternationalesAusschuss für Europa und Internationales  
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

14. April 2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des  
Ausschusses für Europa und Internationales am 28. April 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 28. April  
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen  
Berichts der Landesregierung zu nachstehendem Thema:„Spitzenforschung: Wie aktiv ist die Taskforce für das Einstein-  
Teleskop?“Gemeinsam mit unseren Partnern in Belgien und den Niederlanden engagiert  
sich Nordrhein-Westfalen für die Ansiedlung des Einstein-Teleskops in der  
Euregio. Das Einstein-Teleskop wird als unterirdische Messstation in der Lage  
sein, Gravitationswellen aus dem Weltraum zu untersuchen. Dadurch sollen  
sich etwa schwarze Löcher besser erforschen lassen.Als möglicher Standort gilt das Dreiländereck Aachen-Lüttich-Maastricht. Das  
Projekt gilt als einmalige Chance für alle Partner: Einerseits ist es Vorhaben  
der Spitzenforschung von Weltrang. Andererseits werden dadurch zahlreiche  
Arbeitsplätze in den drei Ländern entstehen. So lässt sich die Transformation  
der ganzen Region vorantreiben.Der Landtag hat mit Beschluss vom 24. November 2022 dem Projekt seine  
Unterstützung zugesagt. (Drucksache 18/1822) Damit hat der Landtag seine  
positive Grundhaltung gegenüber dem Projekt vom 03. November 2020  
erneuert. (Drucksache 17/11657)Die beteiligten Staaten haben eine gemeinsame Taskforce gegründet. Darauf  
einigten sich Verwaltungen und Wissenschaftler aus den drei Ländern bei  
einem Runden Tisch am 13. Dezember in Bonn. Die Taskforce soll aktuelle**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

[werner.pfeil@landtag.nrw.de](mailto:werner.pfeil@landtag.nrw.de)[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)  
[facebook.com/WernerPfeil](https://facebook.com/WernerPfeil)  
[instagram.com/wernerpfeil\\_nrw](https://instagram.com/wernerpfeil_nrw)

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

und künftige Informationen der beteiligten Behörden zusammenführen, um die Bewerbung der Euregio zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie ist die Landesregierung an der Taskforce beteiligt?
2. Wie oft hat die Taskforce seit seiner Gründung getagt? (Bitte mit Datum angeben)
3. Wer ist Teilnehmer der Taskforce?
4. Was hat die Taskforce bisher bewirkt?
5. Wurden Gespräche von Seiten der Taskforce mit der Europäischen Kommission geführt?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil